

## TP Perspectives – Newsflash

Liebe Leserinnen und Leser,

am 15. Mai 2025 hat das Bundesministerium der Finanzen (BMF) ein überarbeitetes Merkblatt zur grenzüberschreitenden Prüfungszusammenarbeit veröffentlicht (IV B 3 - S 1520/00014/004/003). Es ersetzt das bisherige Schreiben vom 6. Januar 2017 (IV B 6 - S 1315/16/10016 :002) und konkretisiert die Rahmenbedingungen für gemeinsame Prüfungen (Joint Audits), gleichzeitige Prüfungen (Simultaneous Audits) sowie die Anwesenheit ausländischer Beamter bei inländischen Betriebsprüfungen und umgekehrt (Tz. 1-4, 10-21). Die Aktualisierung des Merkblatts erfolgte vor dem Hintergrund der innerstaatlichen Umsetzung der als „DAC 7“ bezeichneten Richtlinie (EU) 2021/514 des Rates vom 22. März 2021 zur Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden im Bereich der Besteuerung im EUARiUG.

### Hintergrund

Das neue Merkblatt wurde im Dialog mit den obersten Finanzbehörden der Länder überarbeitet und enthält zahlreiche Klarstellungen und praktische Hinweise zur Initiierung und Durchführung gemeinsamer und gleichzeitiger Prüfungen sowie zur internationalen Amtshilfe im Rahmen der steuerlichen Außenprüfung. Es ist als Ergänzung zum Merkblatt zur zwischenstaatlichen Amtshilfe (BMF-Schreiben vom 29. Mai 2019, IV B 6 - S 1320/07/10004 :008) zu verstehen (Tz. 1-2, 6).

#### 1. Wesentliche Inhalte

##### a) Allgemeines

Bei Joint Audits und Simultaneous Audits handelt es sich in der Regel um Fälle der Außenprüfung (§§ 193 - 207 AO), wobei daneben auch behördliche Ermittlungen außerhalb einer Außenprüfung in Betracht kommen (Tz. 4).

Zielsetzung dieser Verwaltungszusammenarbeiten ist es, Zugriff auf neue Informationen zu erhalten und nach Möglichkeit eine Doppel- oder Nichtbesteuerung zu vermeiden (Tz. 5).

Abzugrenzen sind diese von internationalen Vorabverständigungsverfahren (§ 89a AO), internationalen Risikobewertungsverfahren (§ 89b AO) und internationalen Streitbeilegungsverfahren, deren Regelungen vom Merkblatt unberührt bleiben (Tz. 6).

##### b) Gemeinsame Prüfungen (Joint Audits)

Dabei handelt es sich um koordinierte Ermittlungen beider beteiligter Staaten, die mit dem Ziel durchgeführt werden, eine Einigung bezüglich des Sachverhalts und dessen steuerlicher Würdigung herbeizuführen, um eine Doppel- oder Nichtbesteuerung (und ein sich ansonsten ggf. anschließendes Verständigungsverfahren) zu vermeiden (Tz. 10-13). Zentrales Element hierbei das Einigungsbemühen der beteiligten Behörden (Tz. 13), wenngleich eine einvernehmliche Würdigung nicht zwingend erfolgen muss (Tz. 99).

Die Feststellungen, über die in einer Joint Audit Einigung erzielt worden ist, sind abschließend in einem gemeinsamen Prüfungsbericht festzuhalten (Tz. 101 ff.).

### c) Gleichzeitige Prüfungen (Simultaneous Audits)

Hier führen die jeweiligen Staaten parallel - aber unabhängig voneinander - Prüfungen durch, die auf einen Informationsaustausch abzielen (Tz. 14 ff.). Kennzeichnend ist, dass jede Behörde im eigenen Hoheitsgebiet abgestimmte Ermittlungshandlungen vornimmt und die dadurch erlangten Informationen der anderen Behörde mitteilt, die diese Informationen dann für deren Besteuerungsverfahren nutzen kann (Tz. 15). Eine inhaltliche Abstimmung der steuerlichen Würdigung erfolgt daher nicht zwingend. Diese Form kommt insbesondere dann zum Einsatz, wenn ein Joint Audit nicht möglich ist (Tz. 17).

### d) Anwesenheit von Bediensteten (Administrative Presence)

Das Merkblatt regelt auch, in welchen Fällen und unter welchen Voraussetzungen ausländische Beamte bei inländischen Prüfungen anwesend sein dürfen – etwa zur Beobachtung oder Befragung – und umgekehrt. Voraussetzung ist stets die voraussichtliche Steuererheblichkeit der Informationen (Tz. 18-21, 88-90).

## 2. Zuständigkeiten

Zwei zentrale Akteure auf deutscher Seite sind an der Durchführung grenzüberschreitender Verwaltungszusammenarbeiten beteiligt:

### a) Zuständige Finanzbehörde (Tz. 30)

Das ist im Regelfall das für die Außenprüfung zuständige Finanzamt (§ 195 AO), ggf. unter Mitwirkung des Bundeszentralamts für Steuern (BZSt). Bei Ermittlungen außerhalb einer Außenprüfung kommt insbesondere das Veranlagungsfinanzamt in Betracht.

### b) Zentrales Verbindungsbüro (Tz. 31-32)

Diese Rolle nimmt das BZSt wahr (§ 3 Abs. 2 Satz 1 EUAHiG i.V.m. § 5 Abs. 1 Satz 1 Nr. 5 Buchst. a FVG). Es koordiniert und beaufsichtigt alle Schritte der Zusammenarbeit und ernennt einen zuständigen Koordinator für jeden Einzelfall. Dessen zentrale Aufgabe besteht in der Abstimmung mit in- und ausländischen Behörden sowie der Sicherstellung der rechtmäßigen Informationsübermittlung.

### c) Koordination innerhalb Deutschlands

Die zuständige Finanzbehörde, die Bundesbetriebsprüfung und das BZSt stimmen sich laufend ab, z.B. zur Initiierung, Durchführung und Auswertung der Prüfungen. Die detaillierte Aufgabenverteilung ergibt sich aus den Verfahrensregelungen im zweiten Teil des Merkblatts (Teil II, Tz. 35 ff.).

## 3. Praktische Umsetzung

Das Merkblatt enthält ausführliche Verfahrensregelungen zur Initiierung eines Joint Audits durch die Finanzverwaltung oder auf Anregung von Steuerpflichtigen, zu den Anhörungsrechten, zu Informationspflichten gegenüber Steuerpflichtigen sowie zu Sprache, Kommunikation und Prüfungsberichten (Tz. 36-66, 101 ff.).

Besonders relevant für die Praxis: Steuerpflichtige können grenzüberschreitende Prüfungen zwar nicht selbst beantragen, aber „anregen“ – zum Beispiel zur proaktiven Vermeidung von Doppelbesteuerung bei grenzüberschreitenden Sachverhalten (Tz. 53).

#### **4. Implikationen für die Verrechnungspreispraxis**

Die Verankerung eines strukturierten Prüfungsablaufs auf Ebene der Finanzverwaltungen unterstreicht die zunehmende Bedeutung von Kooperation, Transparenz und Frühzeitigkeit in internationalen Steuerfällen. Joint Audits können im Idealfall zur Minimierung von Doppelbesteuerungsrisiken und zur Reduzierung der Anzahl an Verständigungsverfahren beitragen, erfordern aber eine sorgfältige Dokumentation, strategische Vorbereitung und rechtzeitige Einbindung der relevanten Stakeholder auf Unternehmensseite (Tz. 13, 27, 101 ff.).

Zudem dürfte die Beteiligung ausländischer Behördenvertreter an Inlandsprüfungen in der Praxis zunehmen und hohe Anforderungen an Vertraulichkeit und Koordination bei sensiblen Verrechnungspreissachverhalten stellen (Tz. 20, 91 f.).

Dennoch bleiben die Änderungen im neuen Merkblatt im Vergleich zum Schreiben vom 6. Januar 2017 überschaubar. Wesentliche inhaltliche Überarbeitungen sind nicht feststellbar, so dass sich die Aktualisierungen im Wesentlichen auf redaktionelle Anpassungen, Klarstellungen und Präzisierungen (z.B. bezüglich des Verfahrensablaufs und der Informationsverwendung) beschränken.

#### **5. Fazit**

Mit dem neuen Merkblatt überarbeitet das BMF seine bislang im Schreiben vom 6. Januar 2017 niedergelegte Position für die Durchführung grenzüberschreitender steuerlicher Verwaltungszusammenarbeiten. Unternehmen mit komplexen grenzüberschreitenden Strukturen sollten prüfen, ob und in welchen Fällen ein Joint Audit zur Streitvermeidung beitragen kann, d.h. inwieweit eine frühzeitige Einbindung der Finanzverwaltung sinnvoll erscheint. In jedem Fall ist mit einer weiter zunehmenden Aktivität international abgestimmter Prüfungshandlungen in der Zukunft zu rechnen.